

<p style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">1</p>	<p>Der Regionalverband hat nach jahrelanger Planung und hohen öffentlichen Kosten für Gutachten und Erhebungen offiziell festgestellt, dass es im ganzen Kreis Konstanz nur zwei geeignete Standorte für Windräder gibt.</p> <p>Frage: Würden Sie trotzdem befürworten, dass in der Region Windräder gebaut werden sollen?</p>
<p>Andreas Jung (CDU)</p>	<p>Der Bund setzt Rahmen, über Standorte wird in der Region entschieden. Die Windkraftanlage in Wiechs hat in Tengen und den Nachbargemeinden Akzeptanz erfahren und leistet einen Beitrag zur Energiewende in der Region. Nach Umstellung von Festvergütungen auf Ausschreibungen werden – auch nach einer Nachjustierung, um „gute Standorte“ im Land zu nutzen - künftig nur Standorte in BW mit starker Windhöflichkeit eine Aussicht auf Förderung haben. Solche Starkwind-Gebiete gibt es im Landkreis nicht.</p>
<p>Tobias Volz (SPD)</p>	<p>In der Tat kommt die Regionalplanung zum Ergebnis, dass neben Verenafohren nur noch ein weiterer Standort im Kreis als Vorranggebiet für größere Windkraftanlagen gibt. Diese allgemeine Planungsentscheidung bedeutet nicht, dass weitere Standorte überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Windkraft ist eine saubere und sichere Energiequelle. Nutzen wir sie im Süden Deutschlands nicht, so werden wir viele Stromtrassen von Nord nach Süd brauchen, die ebenfalls einen Eingriff in das Landschaftsbild bringen werden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass für die gleiche Leistung die Photovoltaik viel mehr Fläche verbraucht.</p>
<p>Tassilo Richter (FDP)</p>	<p>Ich bin ein überzeugter Anhänger von moderner Energietechnologie und auch von regenerativen Energien. Insgesamt sehe ich den Windkraftausbau im Hegau aber sehr kritisch. Wir werden der Energiewende nicht gerecht, wenn wir Windkraftanlagen an Schwachwindstandorten aufstellen. Eine ernst gemeinte Energiewende setzt voraus, dass jedes Bundesland seine Stärken einsetzt. In unserem Baden – Württemberg ist das ganz offensichtlich nicht die Windkraft, denn wir sind das Bundesland mit der geringsten Windhöflichkeit. Wir müssen auf neue Speichertechniken, unterirdische Trassen und bessere Energieeffizienz setzen. Windräder sind grundsätzlich in Ordnung, wo sie ökologisch und ökonomisch betrieben werden können. Aber ein Windrad zu bauen, das sich nicht rechnet und nur durch Subventionen betrieben werden kann, macht für mich wenig Sinn.</p>
<p>Martin Schmeding (Bündnis 90/ Die Grünen)</p>	<p>Einleitend möchte ich darauf hinweisen, dass ein weiterer konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien im Allgemeinen und der Windenergie im Speziellen unerlässlich für die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens sind. Verschiedene Umfragen über das Thema (letztmalig Forsa) haben ergeben, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung (mehr als 80%) sich für einen weiteren Ausbau aussprechen, mehrheitlich selbst Menschen, die in unmittelbarer Nähe von Windrädern wohnen.</p> <p>Die GRÜNEN streben an, bis 2030 eine 100%ige Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu haben. Dafür müssen wir auch die Windenergie weiter voranbringen. Ich werde mich entschieden für den weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis einsetzen, wenn ich in den Bundestag gewählt werde. Der derzeitige Energiemix in BaWü kann nur in Richtung erneuerbare Energie gedreht werden, wenn wir unseren eigenen Strombedarf weitgehend selbst decken. Große Stromleitungen durchs Land zu legen mit einem entschiedenen Widerstand der Bevölkerung, nur weil der Süden angeblich keine eigene Windkraft rentable betreiben kann, ist schlichtweg Unfug. Auch in Schwachwindgebieten können Windräder rentabel betrieben werden. Ich habe lieber ein Windrad vor meiner Tür, als ein Kohle-, oder sogar ein Atomkraftwerk.</p>
<p>Walter Schwaebisch (AfD)</p>	<p>Die grundsätzliche Haltung der Alternative für Deutschland in Bezug auf das EEG und Windkraftanlagen ist folgende:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das EEG ist ersatzlos zu streichen</li> <li>• Keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten</li> <li>• Keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger</li> <li>• Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung das 10-fache der Gesamthöhe</li> </ul> <p>Deshalb werden wir auf keinen Fall den Bau von Windrädern in der Region befürworten. Grundsätzlich treten wir im Gegensatz zu den Altparteien dafür ein, Bürgerentscheide auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene einzuführen. Der beim Landratsamt Konstanz eingereichte Bauantrag der Firma Solarcomplex AG beweist, dass ohne ein öffentliches Verfahren die betroffenen Bürger auf undemokratische Art entmündigt werden sollen. Die Profiteure dieser durch öffentliche Mittel geförderten Windkraftanlagen wären die Aktionäre der Firma Solarcomplex AG. Die Bürger hätten die Nachteile zu tragen und müssten diese zwangsweise auch noch finanzieren.</p>
<p>Simon Pschorr (Die Linke)</p>	<p>Die Wende hin zu erneuerbaren Energien ist unverzichtbar, um den Trend zur Klimaerwärmung mit all ihren dramatischen Folgen für die Menschheit zumindest zu verlangsamen. Zu schaffen ist das nur, wenn wir alle Potenziale erneuerbarer Energieerzeugung nutzen. Dazu gehört auch die Windenergie. Der Beschluss des Regionalverbands, mit der Genehmigung von nur zwei Standorten im Landkreis faktisch aus der Windkraft auszusteigen, halten wir für eine vom St.-Florians-Prinzip diktierte und kurzsichtige Fehlentscheidung.</p>
<p>Armin Kabis (Die PARTEI)</p>	<p>Mein vorläufig, endgültiges Nein.</p>

<p style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">2</p>	<p>Der Tourismus hat bei uns eine herausragende Bedeutung für die Wirtschaftskraft und somit für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Die Anziehungskraft unserer Region beruht ganz wesentlich auf ihrem besonderen landschaftlichen Reiz. Die geplanten zwei Windräder auf dem Kirnberg bei Steißlingen und vier Windräder auf dem Schienerberg wären jeweils so hoch wie der Stuttgarter Fernsehturm und würden das Landschaftsbild wesentlich beeinträchtigen.</p> <p>Frage: Würden Sie solche Belastungen im Verhältnis zum Nutzen für richtig halten?</p>
<p>Andreas Jung (CDU)</p>	<p>Bei sensiblen Flächen am Bodensee sollte Landschaftsschutz Vorrang vor Windkraft haben. Das ist in jedem Einzelfall sorgfältig abzuwägen. Windkraft auf dem Schienerberg scheidet auf deutscher Seite allerdings schon wegen Natur- und Artenschutz aus. Zuständig für Verfahren und konkrete Standorte sind die Länder, Regionen und Landkreise.</p>
<p>Tobias Volz (SPD)</p>	<p>Die Attraktivität des Bodenseeraums für den Tourismus hat viele Quellen. Sie wird von zwei (!) Windrädern auf dem Kirnberg oder vier (!) auf dem Schienerberg, die von weiten Teilen der Bodenseeregion auch gar nicht zu sehen sind, nicht beeinträchtigt. Initiativen wie Windwanderwege nutzen solche Standorte auch für neue touristische Angebote.</p>
<p>Tassilo Richter (FDP)</p>	<p>Nein, denn auch hier ist wegen der geringen Windhöufigkeit der Nutzen zu niedrig. Windkraft ja, an Orten wo es Sinn macht. Im Hegau sehe ich dies nicht. Es macht keinen Sinn, einen Energieträger mit hohem Tempo und Subventionen auszubauen, wenn der produzierte Strom durch nicht vorhandene Speichermedien nicht genutzt werden kann.</p>
<p>Martin Schmeding (Bündnis 90/ Die Grünen)</p>	<p>Ich bin seit vielen Jahren Dozent im Fachbereich Tourismus der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Mir ist keine einzige Studie bekannt, die diese Frage untersucht hat, geschweige denn, eine Studie, die sich gegen Windkraft wegen der angeblichen „Verschandelung der Landschaft“ ausspricht. Ich bestreite vehement, dass Menschen, die im Bodenseegebiet Urlaub machen wollen, dies nicht mehr tun werden, weil neue Windräder die Landschaft verschandeln. Keineswegs bin ich der Meinung, dass beispielsweise der Windpark Verenafohren in Tengen die Landschaft verschandelt würde. Ganz im Gegenteil: Er weist uns täglich darauf hin, dass der Strom aus den Steckdosen produziert werden muss. Windräder in der Nähe sind zutiefst demokratisch, bürgernah und aus Klimaschutz-Argumenten vernünftig. Vor einiger Zeit waren wir mit der BaWü-Finanzministerin auf dem Hohentwiel und hatten einen sehr schönen Ausblick auf die Hegau-Landschaft. Ich hätte mir gewünscht, dass der Schwarzwaldverein (Bezirk Donau-Hegau-Bodensee), der Hegau-Geschichtsverein und das Forum Erneuerbare Energien Hegau-Bodensee beim Bau der Autobahnen 81 und 96 sowie beim Ausbau der B33 die Argumente der „Verschandelung der Landschaft“ in einer solcher Vehemenz vorgetragen hätten, wie dies jetzt getan wird.</p>
<p>Walter Schwaebisch (AfD)</p>	<p>Derartige Windkraftanlagen würden nicht nur das Landschaftsbild nachhaltig negativ verändern, sondern hätten auch gesundheitliche Belastungen insbesondere infolge von Infraschall und rotierender Schattenwirkung zur Folge.</p> <p>Ausserdem bleiben in der Ökobilanz von Windkraftanlagen die folgenden Tatsachen meist unberücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fundament benötigt ca. 3.500 t Zement, der Turm ca. 2.800 t, das Maschinenhaus ca. 650 t Stahl</li> <li>• Daraus resultiert ein CO2 Verbrauch nur für den Bau der Anlagen von ca. 4.500 t, hinzu kommt noch der CO2 Ausstoss für Transport von umfangreichen Aushub und Material</li> <li>• Flächenverbrauch einer Windkraftanlage: bis zu 28 ha</li> <li>• CO2-Emissionen bei Produktion: 0,57 t pro t Zement, 1,3 t pro t Rohstahl</li> </ul> <p>Die Gesamtheit dieser Faktoren hätten natürlich nicht absehbare Folgen für den Tourismus sowie für die Lebensqualität der Bevölkerung. Deshalb halte ich derartige Belastungen im Verhältnis zum Nutzen für nicht richtig und lehne daher solche Projekte ab.</p>
<p>Simon Pschorr (Die Linke)</p>	<p>Solche Befürchtungen gab es auch in anderen touristisch reizvollen Regionen, etwa in den Küstenländern, wo heute Windräder zum Landschaftsbild zählen. Fakt ist: Der vorausgesagte Rückgang der Besucherzahlen blieb aus. Im Übrigen gibt es touristisch erschlossene Regionen – zum Beispiel Gletscher –, die schon heute zerstört werden – und zwar vom Klimawandel. Hier wird unwiederbringlich ein Naturschauspiel vernichtet. Was den Nutzen betrifft: Windkraft erzeugt im Vergleich mit anderen Erneuerbaren die größten Strommengen je Hektar – zu den geringsten Kosten je kWh. Selbst die Landesregierung hat ein Ziel von 10% Windstromanteil bis 2020 definiert. Mit neuen, effizienten Windkraftanlagen kann der Anteil am Energiemix gesteigert werden. Wir meinen: Dazu muss auch die Region einen Beitrag leisten.</p>
<p>Armin Kabis (Die PARTEI)</p>	<p>Ich bin selbst Exilhörner, und im übrigen stehe ich für eine neue harte Politik gegenüber der Schweiz. Mit unserem geplanten Mauerbau zur Schweiz und die mitverbauten Solaranlagen im Sperrgürtel, lösen wir auch das Problem der Energiegewinnung. Ist mit mir nicht zu machen, da wir selbst an einen Zeppelinflughafen auf dem Schienerberg planen. Das gilt auch für den Dellenhau und Kies für die Schweiz.</p>

<p style="text-align: center;"><b>3</b></p>	<p>Die UNESCO hat auf der Schwäbischen Alb die Bedingung gestellt, die Auszeichnung Welterbe nur zu vergeben, wenn in Sichtweite keine Windräder gebaut werden, worauf dort die Baugenehmigung aus Gründen des Denkmalschutzes verweigert wurde. Dies ist mit den Situationen bei Kirnberg und Schienerberg in unmittelbarer Sichtweite zu den UNESCO Welterbestätten Reichenau und Pfahlbauten direkt vergleichbar.</p> <p>Frage: Wie würde Ihre Werteabwägung im Entscheidungsfall lauten?</p>
<p>Andreas Jung (CDU)</p>	<p>Die UNESCO-Welterbestätten müssen erhalten bleiben. Dabei ist jede Welterbestätte und jede Planung sorgfältig und individuell zu betrachten. Ungeachtet konkret genannter Standorte und ungeachtet der Thematik - ob es um Windkraft oder um ein anderes Vorhaben geht - wäre ich generell gegen ein Projekt, wenn dessen Umsetzung den Entzug des Welterbe-Status zur Folge hätte.</p>
<p>Tobias Volz (SPD)</p>	<p>Für den Bau von Windrädern ist ein ordnungsgemäßes Baugenehmigungsverfahren erforderlich, bei dem selbstverständlich auch Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden müssen. Das ist in Baden-Württemberg bewährte Verwaltungspraxis. Im Gegensatz zur Höhe der Schwäbischen Alb handelt es sich beim Hegau um eine menschlich geprägte Kulturlandschaft, nicht um unveränderte Naturlandschaften. Zwei Windräder auf dem 30 Kilometer entfernten Kirnberg haben keinen Einfluss auf die Bewertung der jahrhundertealten Klosterbauten.</p>
<p>Tassilo Richter (FDP)</p>	<p>Nein, denn auch hier ist wegen der geringen Windhöflichkeit der Nutzen zu niedrig. Windkraft ja, an Orten wo es Sinn macht. Im Hegau sehe ich dies nicht. Es macht keinen Sinn, einen Energieträger mit hohem Tempo und Subventionen auszubauen, wenn der produzierte Strom durch nicht vorhandene Speichermedien nicht genutzt werden kann.</p>
<p>Martin Schmeding (Bündnis 90/ Die Grünen)</p>	<p>Wie es im Leben in allen Lebensbereichen immer ist, müssen Entscheidungen unter verschiedenen Gesichtspunkten und Interessenlagen abgewogen und getroffen werden. Ich bin sehr dafür, dass wir in Deutschland die derzeitigen Standorte von Kohle-, und Atomkraftwerken mal nach diesem Gesichtspunkt analysieren und uns fragen, ob solche Argumente auch beim Bau dieser Anlagen eine Rolle gespielt haben. Mein Bauchgefühl sagt mir Windräder haben sich den gleichen baupolitischen und baugenehmigungsrechtlichen Faktoren zu unterziehen, wie jedes andere Bauprojekt auch. Kommt die Genehmigungsbehörde zu dem Schluss, dass hier Schutzaspekte von Weltkulturgütern höher zu gewichten sind als die Energieversorgung, haben die Projektierer in unserem Rechtsstaat die Möglichkeit, gegen diese Entscheidung den Rechtsweg zu bestreiten.</p> <p>Wir steigen aus der Atomkraft definitiv aus. Wir GRÜNEN streben einen definitiven Ausstieg aus der Kohlekraft bis 2030 an. Diese wollen wir ersetzen durch den Ausbau erneuerbarer Energien (mit einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung). Diese Argumente sind in den Genehmigungsprozessen der Behörden mit einzubeziehen.</p>
<p>Walter Schwaebisch (AfD)</p>	<p>Meine Werteabwägung wäre identisch mit der Entscheidung auf der Schwäbischen Alb. Keine Baugenehmigung aus Gründen des Landschafts- und Denkmalschutzes für geplante Anlagen „Kirnberg und Schienerberg“!</p>
<p>Simon Pschorr (Die Linke)</p>	<p>Sie beziehen sich auf den Einzelfall der Höhlenlandschaft des Ach- und Lonetals, dort hatte die UNESCO drei von der EnBW geplante Windtürme in unmittelbarer Nähe als Ausschlusskriterium benannt. Moniert wurde „technische Überprägung, visuelle Dominanz und Maßstabsverlust“. Das ist aus unserer Sicht für die Reichenau nicht zu befürchten, die ausgeprägte Konstanzer Silhouette mit mehreren Hochhäusern, z.B. dem markanten Telekomgebäude, hat die Prüfer jedenfalls nicht gestört.</p>
<p>Armin Kabis (Die PARTEI)</p>	<p>Hat sich mit uns erübrigt.</p>

<p style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">4</p>	<p>Immobilien, die optisch oder akustisch im Einflussbereich von Windrädern liegen, verlieren nachweislich an Wert.</p> <p>Frage: Wie lautet Ihre Botschaft an betroffene Wohnungs- und Hausbesitzer?</p>
<p>Andreas Jung (CDU)</p>	<p>Ich bin für einen Mindestabstand von 1.000 Metern und darüber hinaus für eine sorgfältige Abwägung im Einzelfall, bei der selbstverständlich die Anliegen der Nachbarn berücksichtigt werden müssen. Zuständig sind Länder, Regionen und Kommunen.</p>
<p>Tobias Volz (SPD)</p>	<p>Anwohner haben Anspruch auf Abstand der Windanlagen von ihren Liegenschaften. Empfohlen werden 700 Meter. Weil jedes Bauvorhaben Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Interessen der Nachbarn haben kann, sieht das Baurecht vor, dass die wirtschaftlichen Interessen der Grundstückseigentümer mit dem öffentlichen Interesse einer nachhaltigen Versorgung mit erneuerbaren Energien abgewogen werden müssen.</p>
<p>Tassilo Richter (FDP)</p>	<p>Windräder nur um die Grüne Ideologie zu befriedigen in nicht wirtschaftlichen Gebieten darf es nicht geben. Das man diese noch so nahe an private Häuser stellt das diese dadurch an Wert verlieren ist weder nachvollziehbar noch zu akzeptieren. Windkraft auf offener See oder in Schleswig Holstein macht Sinn und rechnet sich. Die Windkraft im Hegau macht weder ökologisch noch ökonomisch Sinn.</p>
<p>Martin Schmeding (Bündnis 90/ Die Grünen)</p>	<p>Ich bestreite als Ökonom diesen Zusammenhang. Gutachten, die dies zum Ergebnis haben, sind bestellte Gutachten. Was entgegnet man denn den Hauseigentümern in Allensbach, in Hegne, auf der Reichenau, die durch den Ausbau der B33 auch mit einer Wertminderung rechnen können? Glauben Sie, dass der Flughafen Zürich bei seinen Ausbauplänen den Wert der angrenzenden Grundstücke im Blick hat? Die Fragesteller unterscheiden offensichtlich überhaupt nicht zwischen Individual- und Kollektivinteressen. Die Allgemeinheit hat das Interesse auf eine grundlastsichere Energieversorgung, die eine möglichst geringe Wirkung auf die Gesundheit der Menschen und auf das Klima hat. Dieses Interesse wirkt eindeutig schwerer als der Wert von Immobilien von Einzelpersonen.</p>
<p>Walter Schwaebisch (AfD)</p>	<p>Es geht nicht nur um den zum Teil drastischen Wertverlust der im Einflussbereich von Windrädern liegenden Immobilien, sondern auch um gesundheitliche Belastungen und Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bewohner.</p> <p>Meine Botschaft an die betroffenen Wohnungs- und Hausbesitzer lautet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit Hilfe von Bürgerinitiativen gegen diese Pläne juristisch vorgehen</li> <li>• Die Öffentlichkeit kontinuierlich über Nachteile und Risiken informieren</li> <li>• Die Parteien, die solche Projekte befürworten, nicht mehr wählen</li> </ul>
<p>Simon Pschorr (Die Linke)</p>	<p>Natürlich ist ein solcher Wertverlust, sollte er eintreten, für die Betroffenen schmerzhaft. Negative Begleiterscheinungen der für das Gemeinwohl unverzichtbaren Energiewende müssen von den beteiligten Akteuren - die IG Hegauwind und die involvierten Kommunen - finanziell abgedeckt werden. Die Linke fordert, dass die Wende zu erneuerbaren Energiearten sozial gerecht gestaltet wird. In diesem Fall heißt das, nicht etwa Häuslebauer und Eigenheimbesitzer auf ihren Verlusten sitzen zu lassen.</p>
<p>Armin Kabis (Die PARTEI)</p>	<p>Habe aus Wichs noch nichts Negatives gehört.</p> <p>Meine Botschaft lautet: Jetzt Die PARTEI wählen. Sie ist sehr gut!</p>

<p style="text-align: center;"><b>5</b></p>	<p>Beim Landratsamt Konstanz läuft ein Genehmigungsverfahren mit Privilegierung für Windräder auf dem Kirnberg, mitten im Hegau und aus der ganzen Region sichtbar.</p> <p>Frage: Würden Sie diese Genehmigung befürworten?</p>
<p>Andreas Jung (CDU)</p>	<p>Nach Umstellung der Förderung dieses Jahr hat bei den Ausschreibungen der Kirnberg keinen Zuschlag erhalten. Wenn nachgesteuert wird, werden künftig „gute Standorte“ in BW Aussicht auf Förderung haben. Der Kirnberg zählt dabei nicht zu den starken Wind-Standorten im Land. Unser Kreis wird aber einen wichtigen Beitrag zu weiteren erneuerbaren Energien leisten – durch Biomasse, Wasser und Geothermie und beim Zubau vor allem durch Photovoltaik. Hier müssen wir konsequent die Potenziale nutzen. (vgl. auch Antwort Nr.1)</p>
<p>Tobias Volz (SPD)</p>	<p>Ich weiß, dass unsere Verwaltung das öffentliche Interesse an einer sauberen Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen sorgfältig und sachkundig mit privaten Interessen wie dem Emissionsschutz, dem Denkmal- und dem Naturschutz abwägen wird. Sie braucht in diesem Fall keine politischen Ratschläge. Nach all dem, was ich als Gemeinderat vom Baurecht weiß, sind die Windräder in der Region genehmigungsfähig.</p>
<p>Tassilo Richter (FDP)</p>	<p>Nein! In keinem anderen Land der Republik weht der Wind so schwach und selten wie in Baden-Württemberg. Die Windräder im Südwesten bieten mit ihrer geringen Auslastung und ihrem Zufallsstrom weder eine verlässliche noch eine wirtschaftlich sinnvolle Grundlage für die Energiewende. Deshalb sollte man Windenergie grundsätzlich auch nur dort gewinnen, wo dies wirtschaftlich ist. Alles andere ist grüne Ideologie.</p>
<p>Martin Schmeding (Bündnis 90/ Die Grünen)</p>	<p>Unbedingt.</p>
<p>Walter Schwaebisch (AfD)</p>	<p>Nein, keine Genehmigung für Windräder auf dem Kirnberg!</p>
<p>Simon Pschorr (Die Linke)</p>	<p>Die Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und muss dem Gemeinwohl dienen. Die herrschende Politik tastet die Vormachtstellung der Großkonzerne nicht an, für die nur der Profit zählt. Die Linke will dagegen eine regional ausgerichtete und breit verankerte Energiewende. Wir fordern, dass regionale Einrichtungen weitgehende Gestaltungsrechte erhalten. Entscheidungen sollen die Betroffenen selbst treffen, z.B. durch Bürgerentscheid. Auch wenn ich eine Genehmigung befürworte, das letzte Wort müssen die Bürger haben.</p>
<p>Armin Kabis (Die PARTEI)</p>	<p>Ich fahr einfach hin und frag die Bürger selber.</p>

<p style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">6</p>	<p>Der Schweizer Energieversorger EKS aus Schaffhausen plant auf dem Schienerberg vier riesige Windkraftanlagen, jede so hoch wie der Stuttgarter Fernsehturm und will diese Belastung direkt an die deutsche Grenze setzen.</p> <p>Frage: Würden Sie persönlich dieses Projekt befürworten oder ablehnen?</p>
<p>Andreas Jung (CDU)</p>	<p>Ich wünsche mir, dass auf Schweizer Seite dieselben Maßstäbe angelegt werden wie bei uns und das Projekt dann nicht umgesetzt wird. Wenn der Standort auf unserer Seite der Grenze wäre, würde er aus Gründen des Artenschutzes und des Naturschutzes ausscheiden. Wegen des Milans sind die Standorte auf dem Schienerberg bei uns ausgeschlossen worden. Zudem ist dort ein Natura 2.000-Gebiet – und ich teile die Auffassung von BUND und NABU, dass in solchen Gebieten keine Windkraft sein sollte.</p>
<p>Tobias Volz (SPD)</p>	<p>Mir sind vier Windräder lieber als die veralteten und störungsanfälligen Schweizer Atomkraftwerke bei Leibstadt und Bezau. Diese sind auch nur 30 Kilometer von der Bodenseeregion entfernt und sie stellen im Gegensatz zur Windkraft ein echtes Risiko dar. Viel problematischer für das Image des Bodenseeraums als Wirtschafts- und Tourismusregion wäre ein Atommüllstandort im grenznahen Benken.</p>
<p>Tassilo Richter (FDP)</p>	<p>Nein! In keinem anderen Land der Republik weht der Wind so schwach und selten wie in Baden-Württemberg. Die Windräder im Südwesten bieten mit ihrer geringen Auslastung und ihrem Zufallsstrom weder eine verlässliche noch eine wirtschaftlich sinnvolle Grundlage für die Energiewende. Deshalb sollte man Windenergie grundsätzlich auch nur dort gewinnen, wo dies wirtschaftlich ist. Alles andere ist grüne Ideologie.</p>
<p>Martin Schmeding (Bündnis 90/ Die Grünen)</p>	<p>Ich befürworte dieses Projekt, 100 Mal mehr als das AKW Beznau oder das AKW Leibstadt in unmittelbarer Nähe der deutschen Grenze. Würden diese Windräder umfallen, wäre der Schaden begrenzt. Würde nur eins der AKWs einen Störfall haben, hätte dieser Störfall die Folge, dass unsere ganze Region für eine sehr lange Zeit unbewohnbar wird.</p>
<p>Walter Schwaebisch (AfD)</p>	<p>Auch dieses Projekt würde ich wie begründet selbstverständlich ablehnen! Wenn derartige Eingriffe in die Landschaft auf schweizerischem Gebiet, aber direkt an der deutschen Grenze geplant werden, müssen die Belange der betroffenen Bevölkerung in der umliegenden Region berücksichtigt werden.</p>
<p>Simon Pschorr (Die Linke)</p>	<p>Der Klimawandel macht an der Landesgrenze nicht halt, und natürlich ist der Umstieg auf erneuerbare Energien auch in der Schweiz nötig. Insofern kann ich auf die vorhergehenden Antworten verweisen. Die konkreten Planungen und die Entscheidungsfindung ist Sache der politischen Institutionen und der Bevölkerung unseres Nachbarlands.</p>
<p>Armin Kabis (Die PARTEI)</p>	<p>Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, ich wiederhole mein politisches Ehrenwort. Mit unserem Einzug in den 19. deutschen Bundestag, werde ich sofort mit der längst nötigen, und von der Konstanzer Mehrheit geforderten Mauer zur Schweiz beginnen. Wohnungsnot, Parkplatznot, Ehrverlust und leere Regale sind dann nur noch Erinnerung. Finanziert durch Sloranlagen und dem Kreuzlinger Gewerbeverein, ist die Finanzierung gesichert. Der aggressiven Landnahme im Hegau durch schweizer Landwirte ist mit uns zu Ende.</p>